

----- Original-Nachricht -----

Datum: Tue, 13 Nov 2012 19:34:25 +0100

Von:

An: Reiner.Priggen@landtag.nrw.de

CC: petervorsteher@t-online.de

Betreff: AW: Forensik: Verstoß gegen den Koalitionsvertrag und Transparenz

Sehr geehrter Herr Priggen,
vielen Dank für Ihre schnelle Antwort auf unseren Brief. Wir nehmen wie folgt dazu Stellung:

Wir halten die von Ihnen angeführte Gießkannen-Anfrage an 125 Kommunen aus dem September 2011, die uns natürlich vorliegt, für keine ausreichende Maßnahme der Beteiligung der Kommunen. Es wäre absolut notwendig gewesen, nach einem negativen Ergebnis dieser Anfrage die Kommunen vom Ergebnis in Kenntnis zu setzen und sie als Konsequenz nachdrücklich mit ins Boot zu holen. Das hat Frau Ministerin Steffens nicht getan. Statt dessen hat sie sich ein komplettes Jahr nicht mehr bei den Kommunen gemeldet und ihnen dann eine Entscheidung bekannt gegeben, für die sie bis heute die Entscheidungsgrundlage und den Einblick in das Verfahren, die Unterlagen der Standortprüfungen und deren Ergebnis strikt verweigert. Es gab weder in der Zeit zwischen der Gießkannen-Umfrage und der Bekanntgabe der Standorte noch nach dieser Bekanntgabe irgendeine Transparenz.

Wir erinnern uns gut an Stellungnahmen von Seiten der Grünen, die solche Vorgehensweisen in anderen Zusammenhängen, zuletzt Stuttgart 21 oder auch der Frage der Atommülllagerungen vehement ablehnen – zu Recht. Leider handeln die Grünen im eigenen Verantwortungsbereich hier nicht entsprechend, sondern ziehen sich auf dieselben Schutzargumente zurück, wie z.B. die Verteidiger des Atommülllagers in Gorleben:

- * es bestehe gar kein Risiko
- * jeder Einwand sei emotional (= irrational) und komme von Menschen, die nicht ausreichend informiert seien
- * alles sei ausreichend von Experten geprüft
- * es gebe keine andere geeigneten Standorte, das habe man alles berücksichtigt
- * irgendwo müsse man es ja machen und Proteste gebe es überall und immer, die Grüne Dagegen-Partei sei ja auch immer gegen alles
- * leider sei man durch Sachzwänge gezwungen, so zu handeln und müsse jetzt endlich die Verantwortung wahrnehmen, die der politische Gegner wahrzunehmen zu feige sei
- * die Akzeptanz komme schon mit der Zeit, wenn der Widerstand nachlasse
- * und zu guter Letzt: man schaffe ja auch Arbeitsplätze
- * auch hier hält man alle „Erkundungsergebnisse“ natürlich nur unter dem Deckel, um eine „Beunruhigung“ der Bevölkerung zu vermeiden

Sie sprechen von geprüften Grundstücken. Bitte teilen Sie uns konkret und klar mit:

1. Welche Grundstücke wurden im LGB Wuppertal (nicht nur auf Wuppertaler Stadtgebiet!) konkret geprüft?
2. Mit welchem Ergebnis? Welche Kriterien führten konkret zur Ablehnung der Grundstücke, welche konkret zur Festlegung auf den völlig ungeeigneten Standort Lichtscheid?
3. Wenn man nur das völlig ungeeignete Grundstück an der Müngstener Straße hatte, warum ist man nicht auf die Kommunen zugegangen, hat sie informiert, dass man weitere Grundstücke zwingend zur Prüfung benötigt?

Sie kalkulieren von vorneherein Widerstand und Klageverfahren gegen Standorte ein. Das Vorgehen von Frau Steffens führt dazu, dass es nun aber auch noch zusätzlichen Widerstand gegen die Art und Weise gibt, man sich nicht nur gegen das was sondern auch noch das wie wehrt.

Sie schreiben: „Ich habe auch den letzten Suchprozess, verantwortet von der damaligen Gesundheitsministerin Birgit Fischer miterlebt, die vor 10 Jahren ebenfalls 5 Standorte für forensische Kliniken suchen musste. Auch damals gab es an allen Standorten Klagen und Initiativen die sich gegen die Standorte gewehrt haben.“

Das mag ja sein. Aber rechtfertigt dieses befürchtete legitime und rechtsstaatliche Vorgehen von Betroffenen in Ihren Augen, in den Augen der Grünen, deshalb ein Verfahren zur Standortauswahl hinter verschlossenen Türen, unter Ausschluss der betroffenen Menschen? Sind in Ihren Augen Transparenz, Offenheit und Mitbestimmung nur in den Fällen angezeigt, in denen mit keinerlei Widerstand zu rechnen ist?

Diese Haltung, die hier zum Ausdruck kommt, ist ja gerade der Skandal und das Demokratiedefizit, dass wir – ganz offenbar zu Recht – bei dieser Landesregierung beklagen. Wenn Sie so vorgehen und das auch noch richtig finden, sind die Grünen auch in der Frage der Atommüllendlager ganz offensichtlich die falsche politische Kraft, denn dort werden Sie ja dann vermutlich genauso vorgehen. Auch dort stehen wir in der Verantwortung, eine Lösung zu finden, die Widerstände, „Initiativen“ und „Klagen“ hervorrufen wird. Wollen sie da auch nur einmal global anfragen und wenn keiner „Hier“ ruft, einfach einen Standort diktieren?

Sie geben zu bedenken: „Es ist auch nicht so, dass in ländlichen Räumen mit dünner Besiedlung diese Einrichtungen akzeptiert werden.“

Natürlich nicht. Das ist es ja: Niemand (auch Sie vermutlich nicht!) will neben so einer Klinik wohnen, die sowohl von der Auslegung als auch von den Patienten her nicht anderes ist als ein Gefängnis, darüber kann auch eine eigene, veränderte Terminologie nicht letztlich nicht hinwegtäuschen.

Aber was folgern Sie daraus? Es ist egal, wo wir das bauen? Das ist doch keine vernünftige Schlussfolgerung! Oder folgern Sie daraus, dass man dann einen Standort braucht, der so wenige Menschen wie möglich betrifft, um die unumgänglichen negativen Auswirkungen und auch unvermeidlichen Widerstände wenigstens zu minimieren?

Ist es für Sie wirklich einerlei, ob da 50 Einfamilienhäuser (allesamt Neubauten mit kleinen Kindern) direkt (ja direkt!) an der Mauer im Dauerflutlicht stehen oder ob – wie in Reichshof – 5 km Abstand sind? Es geht um Menschen, Herr Priggen, auch vor der Mauer! Wollen Sie die Betroffenheit von Menschen wirklich damit wegwischen, dass es anderswo um Fledermäuse geht? Bei einem Bau von 5 Hektar, also gerade mal 250 x 200 m? Verzeihen Sie, aber das ist schlicht zynisch.

Zu Herrn Laumann: War das nicht der Minister, der 5 Jahre beim Ausbau der Forensik verstreichen ließ und so für einen zusätzlichen Zeitdruck sorgte? Kein guter Kronzeuge! Vielleicht machen Sie sich einmal die Mühe, den geplanten Standort in Wuppertal mit dem in Hörstel zu vergleichen: Dort geht es um einen Natostützpunkt, der über einen Kilometer von der Wohnbebauung entfernt liegt. Bei uns beträgt der Abstand zur Wohnbebauung genau 0 Meter (ja: Null!). Auf der gegenüberliegenden Straßenseite vom Haupteingang liegt eine Grundschule und zwei Kindergärten usw. usw. Informieren Sie sich gerne im Detail unter www.keine-forensik-auf-lichtscheid.de.

Ich hänge Ihnen zum Vergleich mal zwei Bilder an.

Die meisten Menschen mit denen ich hier auch in der BI spreche, sind durchaus zu einem Kompromiss, auch einem Standort in Wuppertal und auch in unserer Nähe bereit. In 1,2 km Entfernung wurde gerade die neue Jugend-JVA mit über 500 Plätzen eröffnet. Es gab natürlich Proteste, aber bei Weitem nicht diesen Widerstand wie jetzt, denn der Abstand zur Wohnbebauung wird dort vernünftig eingehalten. Wir sind keine Menschen, die eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ablehnen. Aber wir lehnen die aktuelle Fehlentscheidung ab.

Kommen Sie mit Frau Steffens zu einem Ortstermin. Wir haben Frau Steffens zu einem nicht-öffentlichen Gespräch mit Ortstermin eingeladen (fragen Sie sie). Wir halten nichts von den „Infoveranstaltungen“, die eher in ein Pfeifkonzert als ein argumentatives Gespräch ausarten. Sie können als Fraktionsvorsitzender gerne dazu kommen, wenn Frau Ministerin Steffens das Angebot annimmt.

Noch ein persönliches Wort: Erkundigen Sie sich gerne über mich persönlich bei den Wuppertaler Grünen, Herr Vorsteher und Frau Schäfer kenne ich seit Jahren, nicht zuletzt wegen meiner jahrelangen ehrenamtlichen Arbeit im Umweltschutz. Ich bedaure es sehr, ein solches Vorgehen jetzt bei den Grünen zu erleben. Leider hat dadurch auch das Verhältnis zu Peter Vorsteher und Ilona Schäfer gelitten. Ich hätte das nicht für möglich gehalten. Ihr seid auf dem falschen Weg unterwegs, auch wenn keiner das Ziel (Ausbau der Forensik) bezweifelt!

Mit freundlichen Grüßen
Georg Weber